



2. WELTKONGRESS

Vancouver, 21. – 25. Juni 2010

ENTSCHLIESSUNG

WANDERARBEITSKRÄFTE

1. Der Kongress nimmt zur Kenntnis, dass die Migration ein universelles und unablässig an Bedeutung gewinnendes Phänomen in der Arbeitswelt ist und die Zahl der Migranten auf gegenwärtig 200 Millionen geschätzt wird, nahezu die Hälfte davon Frauen.
2. Die Zunahme der Migration geht auf die ungleichmäßigen und negativen Auswirkungen der Globalisierung – Armut, Arbeitslosigkeit, eklatante Einkommensunterschiede, Unterbeschäftigung, Mangel an Demokratie, schlechte Regierungsführung, Umweltzerstörung – sowie auf Naturkatastrophen, Konflikte und das Streben der Menschen nach menschenwürdiger Arbeit und einem menschenwürdigen Leben für sich und ihre Familien zurück. Migration darf nicht die einzige Möglichkeit sein, um Armut oder Unterdrückung zu entkommen. Der Kongress stellt fest, dass die internationalen politischen Entscheidungsträger die Verantwortung haben, für eine gleichmäßige Entwicklung und menschenwürdige Arbeit zu sorgen, damit es nicht zu unfreiwilliger Migration kommt.
3. Der Kongress unterstreicht und begrüßt die positiven Beiträge, die Arbeitsmigranten zur Volkswirtschaft leisten, und besteht darauf, dass dies anerkannt wird und sich in ihrer Behandlung widerspiegelt. Wanderarbeitskräfte, ungeachtet ihrer Rechtsstellung, müssen im Arbeitsrecht wie einheimische Beschäftigte behandelt werden und ihre grundlegenden Rechte bei der Arbeit uneingeschränkt wahrnehmen können.
4. Die Regierungen müssen im Rahmen eines konzertierten Ansatzes mit Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften eine Politik konzipieren und umsetzen, die einen rechtsgestützten und geschlechtsspezifischen Ansatz beinhaltet, mit legalen Migrationsmöglichkeiten innerhalb eines angemessenen multilateralen Rahmens. Die Internationale Arbeitsorganisation muss eine zentrale Rolle bei der Entwicklung einer globalen und kohärenten internationalen Migrationspolitik spielen, einer Politik, die zum besseren Schutz der Migrant(inn)en, zur sozialen Entwicklung und zu einem besseren interkulturellen Verständnis beitragen kann, gleichzeitig aber auch dafür sorgt, dass die Probleme aufgrund des Abwanderns der geistigen Elite aus Entwicklungsländern sowie aus strukturell schwächeren Ländern in Europa und aus Schwellenländern so gering wie möglich ausfallen.
5. Der Kongress bedauert den weitverbreiteten Missbrauch und die häufige Ausbeutung von Wanderarbeitskräften durch Arbeitgeber, Agenturen und Vermittler sowie das Versäumnis seitens der Regierungen, angemessene Maßnahmen zu ihrem Schutz zu ergreifen. Wanderarbeitskräfte, vor allem diejenigen ohne Papiere, werden nicht nur häufiger arbeitslos als einheimische Beschäftigte, sondern sie gehen auch

häufiger einer prekären, befristeten, von Arbeitgebern nicht gemeldeten Beschäftigung nach, mit geringeren Löhnen und weniger Sozialschutz, häufig in der informellen Wirtschaft. Eine derartige Ausbeutung untergräbt die vorhandenen Rechte, Arbeitsumstände und -bedingungen für alle Beschäftigten, führt zu Spaltungen innerhalb der Gesellschaft und Gemeinwesen und unterstreicht die Notwendigkeit eines gleichberechtigten arbeitsrechtlichen Schutzes für Beschäftigte ohne Papiere, wobei die Probleme in Sektoren mit einer geringen Gewerkschaftspräsenz größer sind als anderswo, wie etwa in Privathaushalten, denen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.

6. Weibliche Wanderarbeitskräfte stehen gegenüber Ausbeutung und Misshandlung, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt, besonders schutzlos da. Zudem finden sich unter den international gehandelten Arbeitskräften unverhältnismäßig viele Frauen, die den schlimmsten Formen von Missbrauch ausgesetzt sind.

7. Der Kongress verurteilt Zwangsarbeit und Menschenhandel als moderne Formen der Sklaverei und fordert den IGB und seine Mitgliedsorganisationen auf, ihre Maßnahmen in Zusammenarbeit mit dem weltweiten Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel zu intensivieren, um Zwangsarbeit und Menschenhandel zu beenden und Menschenhändler zu bestrafen, vor allem diejenigen, die von sexueller Ausbeutung profitieren, um für eine angemessene Entschädigung für die Opfer zu sorgen und von Menschenhandel betroffene Beschäftigte zu unterstützen.

8. Der Kongress verpflichtet sich dazu, für Gewerkschaftssolidarität, soziale Gerechtigkeit, Gleichbehandlung und die Gleichstellung der Geschlechter für alle Wanderarbeitskräfte zu sorgen, ungeachtet ihrer Rechtsstellung, um für Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung mit den Beschäftigten des Gastlandes zu sorgen. Die Vereinigungsfreiheit und das Vereinigungsrecht sind ein Grundrecht der Arbeitsmigranten, und ihre Mitwirkung in Gewerkschaften ist ein wichtiges Mittel, um ihre Integration am Arbeitsplatz und in der Gesellschaft zu ermöglichen.

9. Der Kongress verurteilt die Praxis, den Beschäftigten die Kosten der Arbeitsmigration aufzubürden. Diese Kosten müssen von den Arbeitgebern oder Vermittlern getragen werden. Wenn die Beschäftigten für die Vermittlungs- oder Migrationskosten aufkommen müssen, führt dies häufig zu Schuldknechtschaft. Der Kongress fordert die Ratifizierung und Umsetzung des IAO-Übereinkommens 181 über private Arbeitsvermittler, in dem es heißt: "Die privaten Arbeitsvermittler dürfen den Arbeitnehmern weder unmittelbar noch mittelbar Gebühren oder sonstige Kosten ganz oder teilweise in Rechnung stellen."

10. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat beträchtliche Auswirkungen auf die Beschäftigung von Wanderarbeitskräften und ihre Überweisungen in ihre Heimatländer. Dies erfordert in Entwicklungsländern, in denen dies besondere Probleme verursacht, internationale Finanz- und Entwicklungshilfe. Der Kongress unterstreicht die Notwendigkeit einer Arbeitsmarktpolitik, die auf die spezifischen Bedürfnisse und Umstände der Arbeitsmigranten eingeht, die Gefahr laufen, infolge der Krise ihren Arbeitsplatz zu verlieren oder vertrieben zu werden. Darüber hinaus muss ihr Recht auf sozialen Schutz uneingeschränkt geachtet werden.

11. Das Recht der Wanderarbeitskräfte auf Sozialversicherungsleistungen, Rentenansprüche und sonstige Leistungen muss im Entlassungsfall uneingeschränkt und langfristig garantiert sein. Der Aufenthaltsstatus sollte nicht vom Beschäftigungsstatus abhängig gemacht werden. Irreguläre Migrantinnen und Migranten müssen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren und Garantien für die uneingeschränkte Achtung ihrer Menschenrechte erhalten und menschenwürdige Lebensbedingungen in dem

Gastland haben. Alle Migrantinnen und Migranten, einschließlich derjenigen ohne Papiere, müssen, inklusive im Fall einer Abschiebung, Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren und Garantien für die uneingeschränkte Achtung ihrer Menschenrechte erhalten.

12. Der Kongress unterstreicht die besondere Situation von Wanderarbeitskräften, die in den Rahmen des Handels mit Dienstleistungen fallen, wie etwa entsandte Beschäftigte innerhalb der Europäischen Union und Beschäftigte, die gemäß Mode 4 des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) von einem Land in ein anderes entsandt werden. Diese Arbeitnehmer/innen werden weiterhin formell von dem Arbeitgeber in ihrem Heimatland beschäftigt, obwohl sie in einem anderen Land arbeiten. Arbeitsmigrant(inn)en, die in den Rahmen des Handels mit Dienstleistungen fallen, sollten dasselbe Recht auf Gleichbehandlung wie andere Wanderarbeitskräfte haben, und die innerstaatlichen Arbeitsgesetze und Tarifverträge des Gastlandes sollten auch für sie gelten, ohne dass diese Gleichbehandlung als Hindernis für den Freihandel betrachtet wird.

13. Der Kongress besteht darauf, dass die Regierungen ihren völkerrechtlichen Verpflichtungen bezüglich der Gewährung von Asyl und der Prinzipien des Flüchtlingsschutzes in enger Zusammenarbeit mit dem Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) nachkommen.

14. Der Kongress unterstreicht die Verantwortung des IGB und seiner Mitgliedsorganisationen, eine sichtbarere und aktivere Rolle bei der Förderung der Rechte und der Gleichbehandlung von Wanderarbeitskräften und im Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu spielen. Den Gewerkschaften in den Aufnahmeländern kommt eine besondere Aufgabe dabei zu, irreführender Propaganda gegen Arbeitsmigranten entgegenzuwirken, wie etwa, wenn sie für Arbeitslosigkeit und Unsicherheit verantwortlich gemacht werden. Der Kongress lehnt sämtliche Formen von Sektierertum oder Fremdenfeindlichkeit ab, die Insularität, Abschottung und Ausschluss begünstigen.

IGB-Aktionsprogramm

15. Der Kongress weist den IGB und die Regionalorganisationen an, mit den Global-Unions-Partnern und den Mitgliedsorganisationen zusammenzuarbeiten, um:

- (a) sich für die Ratifizierung und Umsetzung der IAO-Übereinkommen 97 (über Wanderarbeiter) und 143 (über Missbräuche bei Wanderungen und die Förderung der Chancengleichheit und der Gleichbehandlung der Wanderarbeitnehmer) sowie der Internationalen Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen aus dem Jahr 1990 einzusetzen und über die Umsetzung seitens der Länder, die einige oder alle dieser Normen ratifiziert haben, zu berichten;
- (b) die Gewerkschaften in den Heimatländern der Arbeitsmigranten dazu zu ermutigen, im Rahmen ihrer dreigliedrigen Konsultationen auf nationaler Ebene auch Fragen im Zusammenhang mit Wanderarbeitskräften anzusprechen, u.a. mittels der Anwendung von IAO-Übereinkommen 144 über Dreigliedrige Beratungen, und auf dem Verhandlungsweg dafür zu sorgen, dass sie sowohl vor ihrer Abreise als auch nach ihrer Ankunft angemessen geschult werden, u.a. durch Qualifizierungsmaßnahmen, relevante Informationen in Bezug auf die Gesundheit und Sicherheit sowie ihre gesetzlich verankerten Rechte;
- (c) sich um Bestimmungen zur Achtung der Rechte von Wanderarbeitskräften, die Übertragbarkeit von Rentenansprüchen und anderen Sozialleistungen und ihre

- Gleichbehandlung in bilateralen oder regionalen Vereinbarungen zwischen den Regierungen der Heimat- und der Aufnahmeländer zu bemühen;
- (d) die Anwendung des innerstaatlichen Arbeitsrechts und der internationalen Arbeitsnormen auf alle Wanderarbeitskräfte zu fördern, auch auf Flüchtlinge und Asylbewerber/innen, irreguläre Migrantinnen und Migranten und Beschäftigte, die unter die Mode-4-Bestimmungen des GATS fallen;
 - (e) Maßnahmen der Gewerkschaften in den Aufnahmeländern zu fördern, um: Strukturen und Dienstleistungszentren für Wanderarbeitskräfte einzurichten und sie gewerkschaftlich zu organisieren, auch im Falle irregulärer Migrantinnen und Migranten; dafür zu sorgen, dass Gesetze und Tarifverträge auf der Grundlage des Prinzips der Gleichbehandlung auch auf Arbeitsmigranten eingehen, auch bezüglich des Zugangs zu grundlegenden öffentlichen Diensten und Sozialschutzleistungen; Schulungsmaßnahmen anzubieten und über ihre Rechte zu informieren; im Falle von Missbräuchen Rechtshilfe anzubieten, ebenso wie besondere Unterstützung für Wanderarbeitnehmerinnen, die sich mit Problemen konfrontiert sehen, und jungen Wanderarbeitskräften besondere Aufmerksamkeit zu schenken;
 - (f) Kontakte, Partnerschaftsabkommen und regelmäßige grenzübergreifende Konsultationen zwischen Gewerkschaften in Heimat- und Aufnahmeländern zu fördern und zu unterstützen;
 - (g) Fragen im Zusammenhang mit menschenwürdiger Arbeit für Wanderarbeitskräfte und deren Rechten in gewerkschaftliche Schulungsprogramme und Publikationen zu integrieren, wobei besonders darauf geachtet werden sollte, dass Gewerkschaftsmitglieder und führende Gewerkschaftsvertreter/innen über Arbeitsmigration, deren Ursachen und die erforderliche Solidarität der Gewerkschaften mit Arbeitsmigranten unterrichtet werden;
 - (h) Kampagnen und Verhandlungen zu führen, um die Regierungen und die internationalen Institutionen dazu zu veranlassen, Regeln, Kontrollen und Inspektionen für die Agenturen und Vermittler einzuführen, um ethische Einstellungs- und Vermittlungspraktiken und im Falle von Rechtsverstößen oder Missbräuchen Abhilfe zu garantieren;
 - (i) sich für den Schutz und die Verbesserung der Rechte und Arbeitsbedingungen von Grenzarbeitern einzusetzen;
 - (j) Initiativen zur Co-Entwicklung auf bilateraler Ebene und durch eine dezentralisierte Zusammenarbeit zu fördern;
 - (k) Initiativen zu unterstützen, die darauf abzielen, die Kosten von Überweisungen in die Heimatländer der Arbeitsmigrant(inn)en zu senken;
 - (l) mit der IAO und anderen betroffenen internationalen Organisationen zusammenzuarbeiten, um den Multilateralen Rahmen der IAO für Arbeitsmigration umzusetzen und auf einen rechtsgestützten multilateralen Rahmen für die Migration in der globalen Wirtschaft hinzuarbeiten;
 - (m) Bündnisse mit gleich gesinnten nichtstaatlichen Organisationen einzugehen, die im Bereich der Rechte und Organisation von Migranten tätig sind, um kohärente Maßnahmen und Praktiken in Bezug auf Migration und Entwicklung zu konzipieren.